

Niederschrift

über die 003. (AOVG) 21-26 öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Ordnung, Verkehr und Gefahrenabwehr der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 21.06.2023

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens,
Weserstraße 1, 26419 Schortens

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 17:52 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

RM Andreas Bruns
RM Medeni Coskun
RM Ingbert Grimpe
RM Stephan Schulze
RM Maximilian Striegl
RM Carsten Thomsen

stv. Ausschussmitglieder

RM Christian Berner
RM Dennis Gunkel
RM Perdita Gunkel (Sitzungsleitung)

stv. Grundmandat

RM Werner Conrad

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling
VA Heiko Klein
VA Nadine Meiners

ber. Ausschussmitglieder

ber. AM Dirk Hoffmann
ber. AM Daniel Hofsommer
ber. AM Markus Patschull

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung

RM P. Gunkel eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die
Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 15.03.2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht über die Migrationsarbeit **SV-Nr. 21//0598**

VA Klein berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand der Migrationsarbeit und spricht gegenüber den Ausschussmitgliedern unter Hinweis auf die vielfältigen und mitunter fordernden Sachverhalte ein Lob für die Mitarbeiter:innen des Sachgebietes Soziales für die geleistete Arbeit aus.

RM Thomsen stellt sich die Frage, ob bei der Verteilung der Flüchtlinge nicht auch auf die ethnische Herkunft geachtet werden könne, um evtl. Problematiken im Vorfeld zu minimieren.

VA Klein erörtert die sich daraus ergebenden Probleme, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Menschen aus bestimmten Herkunftsländern jeweils spezifische Fragestellungen mit sich brächten. Im Ergebnis werde die Verteilung durch den Landkreis Friesland gesteuert, der sich mit den Kommunen abstimme.

RM Berner fragt nach dem vorgehaltenen Wohnraum und möchte daher wissen, ob die Stadt bereits Wohnraum angemietet hat und

dieser nunmehr bis zu einer Belegung freistehen würde.

VA Klein führt dazu aus, dass die punktuell noch zur Verfügung stehenden Objekten in individueller Absprache mit dem betreffenden Eigentümer so angemietet werden, dass möglichst geringe Vorhaltekosten für ggf. noch nicht nutzbaren Wohnraum anfallen.

RM Striegl bittet um Auskunft über Betreuungsangebote seitens der Stadtverwaltung in Roffhausen.

VA Klein verweist hierzu, so auch zu der darauffolgenden Frage des RM Bruns zu Problemlagen in der Notunterkunft, auf die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorgesehenen Ergänzungen zum Thema.

6. Quartalsbericht FB 3 Ordnung & Soziales- Teilhaushalt 20 **SV-Nr. 21//0595**

VA Klein verweist zunächst auf die begrenzte Aussagekraft des Berichtes über das erste Quartal des Haushaltsjahres und berichtet sodann über die vom Fachbereich laut Haushalt zu erreichenden Ziele. So seien die Maßnahmen des Feuerwehrbedarfsplanes umzusetzen. Dazu müsse in diesem Jahr ein neues MTW für die Ortswehr Schortens beschafft werden. Im Haushalt seien dafür Mittel in Höhe von 75.000,00 Euro vorgesehen.

RM Gunkel wundert sich über die aus seiner Sicht sehr hoch erscheinende Investitionssumme für ein solches Fahrzeug und bittet um Erläuterung.

BM Böhling führt dazu aus, dass solche Beträge für derartige Fahrzeuge völlig normal seien. Die Ausschreibung würde im Übrigen über die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL), einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), abgewickelt und fachlich begleitet. Die Feuerwehr würde ebenfalls beteiligt.

RM Thomsen erkundigt sich in diesem Zusammenhang über die vorgesehene Antriebsart des Fahrzeuges und ob ggf. Alternativen in Erwägung gezogen worden seien.

VA Klein verweist auf die fachliche Begleitung durch die KWL und den unter Berücksichtigung des Einsatzgebietes empfohlenen Einsatz eines

Dieselmotors, der hinsichtlich des Schadstoffausstoßes natürlich die derzeitigen Normen einhalten wird.

RM Grimpe kritisiert in diesem Zusammenhang das von den politischen Gremien im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Ziel. Hier sollten nach seiner Ansicht die Interessen der Bürger:innen im Fokus stehen. So könne er sich beispielsweise vorstellen, Bearbeitungszeiten für Wohngeldanträge als Ziel zu definieren.

BM Böhling gibt zu bedenken, dass hierbei auch die Personalsituation berücksichtigt werden müsse. Für den Wohngeldbereich seien ihm keine Beschwerden über lange Bearbeitungszeiten bekannt, da auch personell hier für eine Aufstockung durchgeführt wurde.

RM Bruns führt mit Bezug zu den Angaben im Quartalsbericht zum Produkt „Obdachlosenunterbringung“ aus, dass es ein Widerspruch sei, wenn eine Verschlechterung gegenüber der Planung vorhergesagt, dies dann aber einige Sätze später revidiert wird, weil der Planansatz voraussichtlich eingehalten würde. Er bitte daher um Klarstellung, was stimmt.

VA Klein weist in diesem Zusammenhang nochmals auf die grundsätzlich begrenzte Aussagekraft der Daten des ersten Quartals hin und sagt eine Rückmeldung im Protokoll zu.

(Hinweis der Verwaltung: Nach Rücksprache mit dem Fachbereich Finanzen ist nach dem derzeitigen Stand davon auszugehen, dass der Planansatz für die Obdachlosenunterbringung eingehalten wird.)

7. Anfragen und Anregungen:

RM Schulze fragt nach dem Sachstand bezüglich der im Rahmen des Feuerwehrbedarfsplanes aufgeworfenen Fragen zur Gewährleistung des Brandschutzes bei hohen Gebäuden.

VA Klein berichtet, dass die Daten zu den einzelnen Objekten derzeit von der Feuerwehr aufbereitet würden und dem Landkreis im Anschluss zur weiteren Prüfung zugeleitet werden sollen. RM Schulze erwidert, dass die Unterlagen nach seinem Kenntnisstand bereits beim Landkreis vorlägen.

(Hinweis der Verwaltung: Der von der Verwaltung vorgetragene Sachstand ist korrekt.)

RM Schulze fragt nach der Einladung an die Ortsbrandmeister zu den Sitzungen des Ausschusses.

BM Böhling antwortet daraufhin, dass der Stadtbrandmeister oder auch der Stellvertreter nur anwesend seien, wenn dort das Thema Feuerwehr behandelt werde.

(Hinweis der Verwaltung: Eine Einladung an die Ortsbrandmeister erfolgt grundsätzlich immer dann, wenn spezifische Themen der jeweiligen Ortswehr(en) berührt werden. Der Stadtbrandmeister sowie sein Stellvertreter werden turnusgemäß über alle stattfindenden Sitzungen informiert, sodass auf diesem Wege die Information der Feuerwehr und der ggfs. betroffenen Ortswehren in jedem Fall gewährleistet ist.)

RM Bruns fragt an, ob es Regelungen zur Amtshilfe durch die Feuerwehr des Bundeswehrstandortes gäbe. Er habe vor kurzem ein augenscheinlich neues Fahrzeug von der Bundesfeuerwehr gesehen und war sehr beeindruckt.

BM Böhling erwidert dazu, dass bei Großschadenslagen und ähnlichen Szenarien natürlich Amtshilfe geleistet würde.

Zu der Frage des RM Striegl nach einem Waldbrandschutzkonzept für die Stadt Schortens erklärt VA Klein, dass es derzeit kein solches Konzept gäbe und ihm auch keine Regelung bekannt sei, die das Vorhalten eines solchen Konzeptes für die Stadt erforderlich machen würde.

RM Striegl bittet um Sachstandsmitteilung hinsichtlich der nicht ausreichenden Ausbildung von Feuerwehrmitgliedern. Dies sollte nach seiner Kenntnis in der HVB-Runde geklärt werden.

BM Böhling berichtet dazu über Überlegungen des Landkreises, selbst Ausbildungen durchzuführen. Der Truppmann-Lehrgang könne schon jetzt über die FTZ absolviert werden. Die derzeitigen Angebote der Feuerweherschule in Loy seien unzureichend. Onlineschulungen seien zumindest teilweise möglich, stünden aber ebenfalls noch nicht im erforderlichen Maß zur Verfügung.

RM Schulze fragt nach der Sicherheitspartnerschaft in Bezug auf den Ausbau von Sirenenstandorten und den damit verbundenen Kosten.

BM Böhling berichtet diesbezüglich, dass das weitere Vorgehen noch nicht abschließend geklärt sei, da die vom Land Niedersachsen

bereitgestellten Mittel nicht ausreichen. Ein Auftrag wurde daher noch nicht erteilt.

8. Einwohnerfragestunde

Entfällt, da keine Einwohner anwesend waren.